

KOMMENTAR

»WER SCHICKT HIER EIGENTLICH WEN?«

Zur Debatte um Budgets und Verantwortung

Von Dr. Jan Philipp Engelke

Das Land der Mütter und Väter des Grundgesetzes, jenes Land, dem sie kurz nach dem scheußlichsten, selbst verschuldeten Krieg eine neue Verfassung geben wollten, kann mit den Maßstäben der heutigen Bundesrepublik kaum noch erfasst werden. Durch Kadavergehorsam moralisch ausgehöhlt, verwüstet und vom Hunger sowie dem heraufziehenden Kalten Krieg in Schockstarre gehalten, bot sich ihnen die inhaltsleere Fassade einer entkernten Republik. Nur ihrer Weitsicht und dem Vertrauen darauf, aus der eigenen Geschichte mit all ihren Schrecken und Entartungen die Kraft für die Gestaltung einer besseren, offeneren, rechtsstaatlich-demokratischen Gesellschaft ziehen zu können, ist unsere im Grundsatz stabile Gesellschaftsordnung zu verdanken.

Um wenige Fragen wurde dabei in den frühen Jahren so vehement gerungen, wie die der Wiederbewaffnung eben dieses Landes. Der „Staatsbürger in Uniform“ wurde bewusst unter Einbeziehung der starken, nach Frieden und „nie wieder Krieg“ rufenden Bewegung über Parteigrenzen hinweg erdacht, denn er versprach die Umkehrung des totalitären Gedankens: Widerstand gegen Willkür, auch und gerade im militärischen Apparat. Kein „Staat im Staate“, keine Schattenregierung, keine Kolonialarmee. Vielmehr aufrechte Bürger, die selbstverpflichtet ihren Dienst leisten, als lebendiger Teil einer offenen Gemeinschaft. Dass dieser Gedanke durch die Auflehnung gegen die autoritären Züge der jungen Bundesrepublik im sozial ausgerichteten Ersatzdienst mündete - mitten auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges - ist eine nicht zu unterschätzende Errungenschaft der fortschreitenden Öffnung und des Wandels in der Gesellschaft. Diese Armee untersteht auch folgerichtig keinem imperialen Präsidenten, sondern dem Parlament. Und damit, bildlich gesprochen, eine bewaffnete Bürgerschaft ihren gewählten Vertretern. All diese Dinge sollten wir nicht leichtfertig abtun, wenn nun nach „mehr Verantwortung“, mehr Budget oder neuen Waffen gerufen wird. Eine stärkere Integration in die europäische Verteidigungsgemeinschaft ist wünschenswert, genauso wie eine stärkere Professionalisierung, um asymmetrischen Bedrohungen besser begegnen zu können. Bedenklich stimmt dennoch, dass Einsatzmandate langsam eher zur Regel als zu Ausnahmen werden. Dass das Interesse an und die Kenntnis von den Führungsstrukturen internationaler Einsätze - ob NATO-, EU-, oder UN-Mandat - kaum noch wahrgenommen wird. Dass es in kurzer Zeit Normalität wurde, sich eine Berufsarmee zu wünschen. Wurde um die Militäreinsätze in den 90er und frühen 2000er Jahren noch gerungen, scheint selbst eine Erhöhung des (klangvoll immer noch so genannten) Verteidigungsetats um zweistellige Milliardenbeträge zur Randnotiz zu verkommen.

Ich will an dieser Stelle nicht für die sofortige Wiederaufnahme der Wehrpflicht votieren, aber dennoch die Frage aufwerfen, ob uns nicht in sehr kurzer Zeit der Bezug zum Gewalteininsatz im Namen unserer Demokratie verloren gegangen ist. Ob nicht der, noch vereinzelt, aber lauter werdende Ruf nach „High-Tech-Kriegern“ gefährlich ist. Wie wird die nächste Generation über den Einsatz ihrer namenlosen Berufssoldaten entscheiden? Ohne eine sinnvolle Rückkopplung in die Gesellschaft, ohne ein Wissen um und über die Strukturen und das „Funktionieren“ von Militär wird es eine immer schwerer zu bewältigende Herausforderung, die Armee(n) und ihr Handeln in der Mitte der Gesellschaft zu halten. In Deutschland wie in Europa.

Gugl-Hupf 

CIA-LEAKS: KEIN SMARTPHONE IST SICHER

Die Enthüllungen der CIA-Leaks schlugen bei weitem keine so hohen Wellen wie es bei den NSA-Enthüllungen um Edward Snowden der Fall war, denn vieles wirkt mittlerweile bekannt: Geheimdienste überwachen Menschen mit Hilfe digitaler Sicherheitslücken. Was allerdings bei den aktuellen Leaks wirklich neu ist, dass der US-Geheimdienst gezielt auf einzelne Endgeräte zugegriffen haben ohne die Unternehmen wie Google oder Apple zu informieren. Die NSA hat hingegen in der Masse oberflächlichere Daten von Nutzern gesammelt - die großen Digitalkonzerne waren nicht komplett unschuldig.

Von den Hacking-Attacken sind nicht nur Smartphones betroffen - auch moderne Fernseher können mit einem "Fake Off-Modus" benutzt werden, um Räume abzuhören. Auch verschlüsselte Nachrichtenprogramme wie WhatsApp wurden den Enthüllungen nach mehrfach geknackt. Samsung, Apple und Google haben angekündigt, ihre Sicherheitsstandards für Software nun zu erhöhen.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschkow, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

ECHTE BILDUNGSGERECHTIGKEIT IN DEUTSCHLAND NOCH NICHT GELUNGEN



Von Hubertus Heil MdB, Mitglied des SPD-Parteivorstands; Quelle: SPD-Bundestagsfraktion

Gerade heute ist es wichtig, Fakten nicht zu ignorieren, nur weil sie einem nicht passen. Der aktuelle Schulvergleich zeigt bei allem Fortschritt eines ganz deutlich: Vom ‚PISA-Schock‘ im Jahr 2000 bis heute ist Deutschland der Durchbruch zu echter Chancengleichheit in der Bildung nicht gelungen.

Bildungserfolg wird weiterhin zu oft vererbt und baut nicht allein auf dem Talent

und den Leistungen der Kinder und Jugendlichen auf. Gerade junge Menschen aus sozial schwächeren oder bildungsfernen Familien erreichen zu oft nicht das, was sie erreichen könnten. Die Studie ist gerade für die CSU eine Ohrfeige, belegt sie doch ‚Modernisierungsrückstände‘ für deren Schulpolitik.

Für eine sozialdemokratische Schulpolitik kann es daher nur heißen: mehr Zeit und mehr Fachpersonal für mehr individuelle Förderung vor allem in frühen Bildungsphasen. Deshalb muss es mehr Ganztags an Grundschulen, mehr Lehrerinnen und Lehrer und mehr schulische Sozialarbeit geben. Mit dem neuen Artikel 104c GG, den die SPD durchgesetzt hat, kann der Bund hier künftig einen wichtigen Beitrag leisten. Deshalb wird die SPD nach den 3,5 Milliarden Euro für die Sanierung von Schulen zur Bundestagswahl für ein zweites Schulprogramm von Bund und Ländern werben. Ziel einer ‚Bildungsalianz‘ ist es, bis 2021 im Grundschulbereich einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz zu erreichen und schulische Sozialarbeit an jeder Schule zu verwirklichen.

AUSSENMINISTER GABRIEL IN RUSSLAND

Bundesaußenminister Gabriel hat am Donnerstag seinen russischen Amtskollegen Sergej Lawrow in Moskau getroffen. Dabei betonte er, dass die Gefahr einer Aufrüstungsspirale unbedingt abgebaut werden und konkrete Schritte zur Abrüstung wieder in den Vordergrund rücken müssen.

Bei Gabriels Treffen mit dem polnischen Außenminister Witold Waszczykowski in dieser Woche wurde der SPD-Politiker deutlich als es um die Stationierung von 4000 NATO-Soldaten im Baltikum und Polen ging: "Wenn Sie sich anschauen, welche gewaltige Militärmaschinerie dem gegenübersteht, dann kann man glaube ich nicht davon reden, dass die Nato oder der

Westen eine Aufrüstungsspirale begonnen hätte", merkte er an.

Im Anschluss traf der Außenminister auf den Präsidenten Wladimir Putin, der sich für eine Entspannung des deutsch-russischen Verhältnisses aussprach. "Unsere gemeinsame Aufgabe besteht darin, die Beziehungen vollständig zu normalisieren und die Schwierigkeiten zu überwinden, auf die wir stoßen", sagte Putin bei dem Treffen.

Das Gespräch zwischen Gabriel und Putin dauerte mit zwei Stunden länger als geplant, der russische Präsident soll dabei Kanzlerin Merkel und den Bundespräsidenten in spe Steinmeier eingeladen haben.

NEUER US-MUSLIM-BANN OHNE IRAK

Anfang der Woche präsentierte US-Präsident Donald Trump ein aktualisiertes Dekret zum Einreisestopp von Bürgern aus den sechs primär muslimischen Staaten Iran, Syrien, Jemen, Libyen, Sudan und Somalia. Im Gegensatz zu seinem ersten Dekret, beinhaltet das Einreiseverbot eine Reihe von Ausnahmen und Änderungen, die den Beschluss wasserdichter machen. Zum einen gilt das Dekret nicht ab Verkündung, sondern erst nach der Vorwarnzeit von zehn Tagen. Beim ersten "Muslim Ban" kam es zu chaotischen Szenen an Flughäfen, da die Sicherheits- und Zollbeamten über die Umsetzung des Dekrets nicht unterrichtet wurden. Ferner dürfen Menschen mit gültigen Visa

sowie mit doppelter Staatsbürgerschaft weiterhin einreisen. Auch Flüchtlinge, deren Asylantrag bereits bewilligt wurde, dürfen die USA betreten, genauso wie Geschäftsleute. Auch medizinische Notfälle werden beachtet und Personen, die für die US-Armee gearbeitet haben, bekommen ebenfalls eine Einreiseerlaubnis.

Trump hat die Forderung zurückgezogen, syrischen Flüchtlingen gar kein Asyl mehr zu geben, jedoch verhängte er für den Zeitraum von Oktober 2016 bis Dezember 2017 eine Obergrenze von 50.000 Menschen - 37.000 sind bereits eingereist. Dass der Irak nun ausgenommen wurde, begründete die Regierung mit der Wichtigkeit des Landes beim Kampf gegen den IS.

DEUTSCHE EXPORTE IM PLUS DANK STARKER WELTKONJUNKTUR

Knapp 12 Prozent Plus im Vergleich zum Januar 2016: Dank guter wirtschaftlicher Entwicklungen in Schwellenländern hat der deutsche Export einen überraschend guten Start in das Jahr 2017 hingelegt. Der EU-Export sei um 8 Prozent gestiegen, in den Schwellenländern waren es sogar 17,7 Prozent. China, Indien, Russland und zunehmend auch Brasilien verbuchen eine steigende Nachfrage.

Der DIHK formuliert daher eine optimistische Prognose für das gesamte Jahr und schätzt das Exportplus auf drei Prozent, obwohl auch die Importe konstant steigen. Die bereinigten Handelsbilanz für Januar

beträgt 18,5 Milliarden Euro - die schwache Währung macht deutsche Produkte außerhalb der Eurozone gegenwärtig besonders attraktiv.

Risikofaktoren wie die Folgen des Brexit und die unberechnbare Handelspolitik der Trump-Administration bleiben dennoch weiterhin bestehen. Von den Einzelstaaten sind die USA der bedeutendste Handelspartner für Deutschland. Trump und seine Berater bezeichneten die Unverhältnismäßigkeit der deutschen Exportüberschüsse in Bezug auf die Einfuhr von US-amerikanischen Produkten als ernstes Problem und beschuldigte Deutschland zu tricksen.

ARMUTSBERICHT - ARBEITSMINISTERIUM ZWEIFELT AN VOLLSTÄNDIGKEIT

Der Paritätische Wohlfahrtsverband veröffentlichte am Donnerstag seinen Armutsbericht und schlug Alarm: über 15% der deutschen Haushalte würden mit weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens leben und wären per Definition von relativer Armut betroffen. Dies sei der höchste Stand seit der Wiedervereinigung. Im vergangenen Jahr stieg die Armutsquote am stärksten mit über zwei Prozent in Berlin, im Langzeittrend sei vor allem Nordrhein-Westfalen am spürbarsten von der Armutsentwicklung betroffen.

Harsche Kritik erntete der Verband jedoch von mehreren Experten sowie vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Walter Krämer, Professor für Wirtschafts- und Sozialstatistik, bezeichnete die Berechnungen des Armutsberichts als "unse-

riös und schwachsinnig" - man müsse den Bedarf sowie exemplarische Warenkörbe analysieren, was allerdings mit sehr viel Aufwand verbunden sei. Krämer betonte, dass wenn mehr Indikatoren einbezogen würden, könne man sehen, dass die Armut in Deutschland langfristig sinken würde sowie dass nicht jeder unterhalb eines Prozentwerts auch abgehängt sei.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sieht auch Schwächen im Bericht - aufgrund der Beschäftigungs- und Einkommenszuwächse in allen Schichten gibt es positive Trends im Bereich der Armutsentwicklung. Durch den starken Fokus auf Armut wäre die Darstellung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sehr stark verkürzt und würde keine adäquate Abbildung der Situation in Deutschland zeigen.

VOLKSWAGEN KOOPERIERT MIT TATA

Der deutsche Autobauer Volkswagen möchte mit dem indischen Konkurrenten Tata Motors enger bei der technischen Entwicklung zusammenarbeiten. Für eine strategische Allianz, die für die Konzerne eine Win-Win-Situation sein soll, sei bereits eine Absichtserklärung unterzeichnet worden.

Die Partnerschaft soll langfristig ausgelegt sein - VW und Tata wollen bei der Produktion von Fahrzeugkomponenten bis hin zum vollständigen Auto zusammenarbeiten und voneinander profitieren - perspektivisch

sollen nämlich gemeinsame Projekte auf dem deutschen und dem indischen Markt angeboten werden.

Volkswagen-Chef Matthias Müller äußerte sich zu dem Schritt wie folgt: "Mit der beabsichtigten strategischen Partnerschaft mit Tata Motors wollen wir konzern- und markenübergreifend die Voraussetzungen schaffen, um kundenadäquate Mobilitätslösungen auch für die neuen, schnell wachsenden Automobilmärkte anbieten zu können."

PERSONALIEN

STOCK WECHSELT ZU ERGO

Oliver Stock (51), stellvertretender Chefredakteur der "Wirtschaftswoche", soll laut Medienberichten zum 1. April neuer Kommunikationschef des Versicherungsunternehmens Ergo werden. Er würde die Position von Andreas Lampersbach übernehmen, der zum Leiter Group Communications beim Ergo-Mutterkonzern Munich Re aufsteigt.

BRETSCHNEIDER SOLL AUF MÜLLER ALS FBB-AUFSICHTSRATSCHEF FOLGEN

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (52, SPD, Foto links) ist am 6. März als Vorsitzender des Aufsichtsrats des Flughafens Berlin Brandenburg (FBB) zurückgetreten. Neuer Aufsichtsratsvorsitzender soll der Brandenburger Staatssekretär Rainer Bretschneider werden. Er ist bislang stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender und Flughafenkoordinator der Landesregierung Brandenburg. Mit Müller verlassen auch die Berliner Senatoren Dirk Behrendt (Grüne) und Klaus Lederer (Linke) das Gremium.

Hintergrund ist der Beschluss, dass der Berliner Staatssekretär Engelbert Lütke Daldrup neuer Geschäftsführer des FBB wird. Müllers Rücktritt ist aus Compliance-Gründen notwendig, da sonst sowohl der Geschäftsführer als auch der Vorsitzende des Aufsichtsrats vom selben Gesellschafter, in diesem Fall dem Land Berlin, kämen.

BMUB-DIALOGFORUM 2017 UNTERNEHMEN BIOLOGISCHE VIELFALT 2020

Am 23. März findet eine Tagung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und des Bundesamts für Naturschutz zum Thema „Unternehmen Biologische Vielfalt 2020“ statt, unter anderem mit dem Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Matthias Machnig, dem Generaldirektor des Museums für Naturkunde Prof. Johannes Vogel und dem Hauptgeschäftsführer der Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels Jens Nagel. Die Veranstaltung beginnt um 9:30 Uhr und findet im VKU-Forum in der Invalidenstraße 91, 10115 Berlin statt.

Eine Anmeldung ist erforderlich.

WORTE DER WOCHE

»Niemand kann behaupten, dass wir durch Manipulation diese Überschüsse erzielen.«

Wolfgang Schäuble, Bundesfinanzminister, weist die anhaltende US-Kritik am deutschen Leistungsbilanzüberschuss zurück.

»In wenigen Jahren wird jede größere Entscheidung – ob privat oder geschäftlich – mit Hilfe von künstlicher Intelligenz und kognitiven Technologien fallen.«

Ginni Rometty, IBM-Chefin.

»Das ist infam, abstrus, inakzeptabel und aufs Schärfste zurückzuweisen.«

Heiko Maas, Bundesjustizminister, zu den Nazi-Vergleichen des türkischen Staatspräsidenten Erdogan.

»Der Vorschlag setzt die völlig falschen Anreize. Letztlich wird die Frühverrentung gefördert.«

Daniel Günther, CDU-Bundesvorstandsmitglied, wirft Martin Schulz vor, mit der geplanten Verlängerung des Arbeitslosengeldes eine neue Frühverrentungswelle auszulösen.

»Die Aussicht auf höhere Ölpreise macht mehr und mehr Schieferölproduzenten wieder profitabel.«

Ägnes Horváth, Chefökonomin des Ölkonzerns MOL.

»Was immer wir an politischen Differenzen haben, wir dürfen es nicht zulassen, dass politische Auseinandersetzungen aus der Türkei nach Deutschland importiert werden.«

Sigmar Gabriel über das deutsch-türkische Verhältnis.

»Meine Arbeit besteht darin, die Welt zu vernetzen und jedem eine Stimme zu geben. Ich möchte persönlich mehr von diesen Stimmen in diesem Jahr hören.«

Facebook-Gründer Mark Zuckerberg.

TERMINE

15.3. HAT DIGITALISIERUNG MEHR DEMOKRATIE GEBRACHT?

Der Verein Discussing World Politics lädt am 15. März ab 19 Uhr zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema: "Keiner macht mit? Hat Digitalisierung mehr Demokratie gebracht?" in der Berliner Landeszentrale für politische Bildung (Hardenbergstraße 22-24, 10623 Berlin) ein. Die Gäste sind dazu eingeladen mit den Experten Harald Felling, Vorstand der Jinit[AG für digitale Kommunikation, und Daniel Roleff, Referent für digitale Kommunikation bei der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen, zu debattieren. Um Anmeldung wird gebeten; Informationen sind in den sozialen Medien sowie auf discussing-world-politics.org zu finden.

19.3. AUSSERORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG DER SPD

Am kommenden Sonntag findet in der Arena Berlin der außerordentliche Bundesparteitag der SPD statt. Nach Sigmar Gabriels Rücktritt von der Parteispitze, wird der neue Parteivorsitzende gewählt und der Kanzlerkandidat nominiert. Die Sitzplätze sind ob der Kurzfristigkeit der Planung begrenzt, ein Livestream wird auf SPD.de angeboten.

22.3. CDU/CSU-BT-FRAKTION ZUM DEMOGRAFISCHEN WANDEL

Konferenz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema „Gesund, aktiv und digital im Alter – Was müssen wir tun?“, u.a. mit dem Vorsitzenden der 7. Altenberichts-Kommission Prof. Andreas Kruse, dem Leiter der Abteilung Gesundheitsförderung beim BKK Dachverband Dr. Gregor Breucker und der Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Ernährung Prof. Ulrike Arens-Azevêdo Deutscher Bundestag - Jakob-Kaiser-Haus, Dorotheenstraße 101, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)

23.3. DEUTSCHER PFLEGETAG 2017

Kongress des Deutschen Pflegerats zum Thema „Herausforderung der Pflege in der Zukunft“, u.a. mit Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe Station Berlin (Gleisdreieck), Luckenwalder Straße 4-6, 10963 Berlin (kostenpflichtig)